

Christlich-Soziale im DGB

Grundlagen – Geschichte – Perspektiven



Eine Ausstellung der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Archiv für Christlich-Demokratische Politik
Rathausallee 12 · 53757 Sankt Augustin
www.kas.de

Herausgeber: Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters
Prof. Dr. Rudolf Uertz

Gestaltung: www.dung.de

Christlich-Soziale und Gewerkschaftsbewegung

Wegmarken

MONARCHIE, WEIMARER REPUBLIK UND NS-ZEIT

1848 Erste Gründungen christlich-sozialer Vereine und katholischer Arbeitervereine.

1882 Erste Gründungen evangelischer Arbeitervereine, die sich 1890 zu einem Gesamtverband zusammen schließen.

1900 Im deutschen Katholizismus entbrennt ein heftiger Streit über die Rolle interkonfessioneller christlicher Gewerkschaften (bis 1914).

1901 Gründung des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

1919 Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands firmiert unter dem Namen Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB).

1933 Im April einigen sich die führenden Vertreter der Richtungsgewerkschaften auf eine Zusammenarbeit; Anfang Mai werden die Gewerkschaften durch NS-Organen zerschlagen und bleiben im Widerstand aktiv.

1944 Gewerkschafter aller Richtungen werden in der NS-Zeit in Widerstandsgruppen aktiv; viele werden nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 hingerichtet oder zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt.

WIEDERAUFBAU UND NEUORDNUNG

1945 Erste Gründungsversammlungen von Einheitsgewerkschaften auf lokaler Ebene, u. a. in Aachen und Köln.

1945/46 Christlich-soziale Gewerkschafter gründen die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).

1947 Verabschiedung des Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramms der CDU der britischen Zone; Gründung des DGB der britischen Zone im Februar sowie weiterer Gewerkschaftsbünde in der amerikanischen und französischen Zone.

1948 Währungsreform und Inkrafttreten des Leitsatzgesetzes im Frankfurter Wirtschaftsrat; Einführung der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard.

1949 Nach Verabschiedung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland im Mai sowie der Konstituierung des Ersten Deutschen Bundestages und der Bundesregierung im September findet im Oktober in München der Gründungskongress des DGB statt.

1951 Bundeskanzler Konrad Adenauer und DGB-Vorsitzender Hans Böckler einigen sich im Januar auf das Mitbestimmungsgesetz in der Montanindustrie. Die Ausdehnung auf andere Industriezweige lehnt die Bundesregierung als zu weitgehend ab.

1953 Der Wahlauftritt des DGB „Wählt einen besseren Bundestag 1953“ wird in der CDU als Verletzung des Prinzips der parteipolitischen Neutralität der Einheitsgewerkschaft kritisiert.

1954 Auf dem 3. DGB-Bundeskongress in Frankfurt/Main kritisiert Viktor Agartz, Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI), die Marktwirtschaft und fordert „wirtschaftsdemokratische Kontrolle“ durch die Gewerkschaften. Bei den christlich-sozialen Gewerkschaftern ruft dies heftige Kritik hervor.

1955 Der katholische Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning SJ kritisiert den „klassenkämpferischen Radikalismus“ von Viktor Agartz und warnt den DGB vor der Spaltung. Gründung der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands (CGD), die sich vier Jahre später zum Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) vereinigt.

1959/60 Gründung erster Arbeitsgemeinschaften christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter in den Sozialausschüssen.

1960 Mitglieder der „Christlich-Sozialen Kollegenschaft im DGB“ treten „wegen mangelnder parteipolitischer Neutralität“ aus dem DGB aus. Die CDA-Gewerkschafter halten größtenteils an der Einheitsgewerkschaft fest.

1967 In der „Offenburger Erklärung“ entwickelt die CDA ein gesamtgesellschaftliches Grundsatzprogramm und fordert den Ausbau der Mitbestimmungsrechte.

1972 Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes.

1976 Das von der Biedenkopf-Kommission konzipierte Mitbestimmungsgesetz tritt in Kraft; es regelt die betriebliche bzw. unternehmerische Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in Kapitalunternehmen.

1981 Das 3. Grundsatzprogramm des DGB bezeichnet erstmals den DGB als „gemeinsame Organisation freiheitlich-sozialistischer und christlich-sozialer Richtungen“.

WENDE UND WIEDERVEREINIGUNG

1989 Der DGB führt anlässlich seines 40jährigen Bestehens gemeinsam mit der CDA und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD (AfA) in Hagen eine Konferenz durch. Im Zentrum der Diskussionen steht die Grenzöffnung der DDR.

1990/91 Der DGB lehnt nach der Wiedervereinigung Deutschlands eine Fusion mit dem FDGB ab. Die in der DDR bzw. den neuen Ländern neu gegründeten Gewerkschaften treten bis zum Jahr 1991 den DGB-Gewerkschaften bei.

2008 Im ehemaligen KZ Sachsenhausen erinnert der DGB an den 75. Jahrestag der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933. Michael Sommer, Norbert Blüm und andere gedenken der ermordeten und verfolgten Gewerkschafter während der NS-Zeit.

Die Wurzeln der Christlichen Gewerkschaften

Im wirtschaftlich prosperierenden deutschen Kaiserreich etablieren sich Richtungsgewerkschaften. Neben freien sozialistischen Gewerkschaften werden Christliche Gewerkschaften sowie die national-liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine gegründet. Kennzeichen der Christlichen Gewerkschaften sind ihre religiös-ethische Orientierung sowie die Ablehnung von Klassenkampf und Materialismus.

Die christliche Arbeiterschaft schöpft Motivation und Orientierung im Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen aus der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik. Wegweisend sind die Schriften Bischof Kettlers und die Enzyklika Papst Leos XIII. Rerum novarum, „Über die Arbeiterfrage“ (1891). Das Rundschreiben fordert staatliche Sozialgesetze, Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterschaft und – statt sozialistischem Klassenkampf – faire Partnerschaft von Arbeit und Kapital.

Nachdem Versuche weltanschaulich und parteipolitisch neutraler Einheitsgewerkschaften gescheitert waren, schließen sich die Ende der 1890er Jahre gegründeten Christlichen Gewerkschaften und Arbeitervereine 1901 zum Gesamtverband Christlicher Gewerkschaften Deutschlands (GCG) zusammen. Seit 1919 sind sie im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zusammengefasst.



Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler (1811–1877), Bischof von Mainz, bereitet die Hinwendung des deutschen Katholizismus zu sozialpolitischen und sozialstaatlichen Lösungen der Sozialen Frage vor.



Franz Joseph von Buß (1803–1878) stellt als erster deutscher Parlamentarier – noch vor Karl Marx – ein sozialpolitisches Konzept vor. Seine Vorschläge reichen vom Arbeits- und Unfallschutz bis hin zu Staatshilfen bei Existenzgründungen.



Adolph Kolping (1813–1865) wird nach einer Schuhmacherlehre Priester. Sein Engagement für die Handwerker und Arbeiterschaft basiert auf Solidarität und Selbsthilfe. 1849 gründet er in Köln den ersten Gesellenverein – die Keimzelle des internationalen Kolpingwerkes.



Der Volksverein für das Katholische Deutschland (hier das Deckblatt seiner Zeitschrift), von dem Sozialethiker Franz Hitze und anderen 1890 in Mönchengladbach gegründet, betreibt bis zu seinem Verbot 1933 Erwachsenenbildung auf der Grundlage der Katholischen Soziallehre. Mit Lehrgängen, Seminaren und auflagenstarken Schriften ist er eine wirkungsvolle Bildungseinrichtung für die katholischen Arbeiter sowie die christlichen Gewerkschaften.

1901

1891

Die Christlichen Gewerkschaften in der Weimarer Republik

Die Christlichen Gewerkschaften stellen sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges 1918/19 schnell auf die neuen politischen Verhältnisse ein. Mit ihrem Einsatz für die Einberufung der Nationalversammlung in Weimar, einem institutionalisierten Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Verfassung (Artikel 165) und ihrem Beitritt zur Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer (ZAG) tragen sie zur Stabilisierung der Gesellschaft bei. In den bürgerlichen Fraktionen des Reichstages und der Landtage steigt die Zahl christlicher Arbeiter und Gewerkschafter, die erstmals auch höchste Regierungsämter übernehmen. Nach der Machtübernahme Hitlers einigen sich im April 1933 die Spitzen der Richtungsgewerkschaften auf deren Zusammenfassung. Bereits im Mai zerschlagen die Nationalsozialisten die Gewerkschaften.

Adam Stegerwald (1874–1945), Vorsitzender des DGB und des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands (1919–1929) und Reichsarbeitsminister (1930–1932), ist der bedeutendste Repräsentant der Christlichen Gewerkschaften in der Weimarer Republik. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges animiert er die christlichen Gewerkschafter zur Gründung der Sozialausschüsse und zu einer kraftvollen Gewerkschaftspolitik.



Christine Teusch (1888–1968), Lehrerin, leitet das Frauen-Verbandssekretariat im Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften (1918–1920). Sie erwirbt sich große Verdienste sowohl in der Durchsetzung der Frauenrechte als auch in der Sozialarbeit für Mädchen und Frauen.

Heinrich Brauns (1868–1939), katholischer Priester und Staatswissenschaftler, engagiert sich im Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands. Als Reichsarbeitsminister (1920–1928) und Zentrumsolitiker prägt er in dieser Zeit maßgeblich die Arbeits- und Sozialpolitik.



Nikolaus Groß (1898–1945), Schriftleiter der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung (1927–1938), gehört seit 1942 zum Widerstandskreis ehemaliger christlicher Gewerkschafter in Köln. Nach dem 20. Juli 1944 wird Groß vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Aufruf der Gewerkschaften am 30. Januar 1933

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Die politische Lage hat sich in entscheidender Weise geändert. Das Schwergewicht der neuen Reichsregierung liegt bei Parteien und Gruppen, die bisher offen für die soziale Entrechtung der Arbeiter und Angestellten, für die Zerschlagung der Demokratie und für die Ausschaltung des Parlaments eingetreten sind. Die Gefahr liegt nahe, daß sie jetzt ihre Pläne zu verwirklichen trachten.

Gewerkschaftsmitglieder! Die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stehen auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten!

Berlin, den 30. Januar 1933.

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Allgemeiner freier Angestelltenbund
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten-
und Beamtenverbände.**



Heinrich Imbusch (1878–1945), Vorsitzender des christlich orientierten Deutschen Gewerkschaftsbundes (1929–1933), muss nach Misshandlungen und Verfolgung durch die SA 1934 untertauchen. Kurz vor Kriegsende stirbt er in seinem Versteck an Entkräftung.

Dem gemeinsamen Aufruf der Richtungsgewerkschaften vom 30. Januar 1933 gegen die NS-Regierung folgen im April die Verhandlungen über die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung. Aber im Mai werden die Gewerkschaften von den Nationalsozialisten zerschlagen.

1918

1933

Die Gründung der Einheitsgewerkschaft

Die Aufspaltung in christliche, sozialistische und nationalliberale Gewerkschaften hat die Arbeiterbewegung geschwächt und ihre Widerstandskraft gegen die aufkommende NS-Diktatur unterminiert. Nach 1945 werden auf regionaler sowie auf zentraler Ebene Einheitsgewerkschaften gegründet, die sich im Oktober 1949 zum Deutschen Gewerkschaftsbund in der Bundesrepublik Deutschland zusammenschließen. Teile der katholischen Kirche und ihrer Sozialverbände plädieren seit den 1950er Jahren für eine Wiedegründung christlicher Gewerkschaften.

Ehemalige Vertreter der Richtungsgewerkschaften schließen sich am 2. August 1945 im provisorischen Rathaus in Köln zur „Einheitsgewerkschaft aller Arbeiter, Angestellten und Beamten“ zusammen. Für die christlichen Gewerkschafter bekennt Johannes Albers: „...heute haben uns die 12 Jahre Naziherrschaft zusammengeschweißt und frühere Sonderbestrebungen von gewerkschaftlichen Organisationen überholen lassen ...“.

In der SBZ kommt es 1945/46 zur Gründung des FDGB. Die Vertreter der christlichen und liberalen Gewerkschafter, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer (1898-1970), werden durch die SMAD 1947 aus dem FDGB gedrängt, der in der DDR keine Gewerkschaftsfunktionen ausübt.

In Bielefeld wird im April 1947 der „DGB der britischen Besatzungszone“ gegründet. Der Sozialdemokrat Hans Böckler mahnt

„die Einheit und Geschlossenheit unserer Gewerkschaften“ an. Doch schon bald äußern sich die Christlich-Sozialen besorgt über Verletzungen des Neutralitätsprinzips. Der Christdemokrat Matthias Föcher fordert: Die zahlenmäßige Überlegenheit der sozialdemokratischen und sozialistischen DGB-Gewerkschafter dürfe nicht dazu führen, die CDU-Gewerkschafter als bloße „Beitragszahler“ oder „zweitrangige Mitglieder“ zu behandeln. Im Kongressaal des Deutschen Museums tagt vom 12. bis 14. Oktober 1949 das „Parlament der Arbeit“. Auf dieser Ersten Bundesversammlung des DGB schließen sich die zentralen Gewerkschaften zum „Deutschen Gewerkschaftsbund in der Bundesrepublik“ zusammen. Dem DGB gehören damals 16 (heute acht) Einzelgewerkschaften an. Erster Vorsitzender wird Hans Böckler, sein Stellvertreter Matthias Föcher. Unabhängig vom DGB etablieren sich der Deutsche Beamtenbund (DBB) sowie die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG).



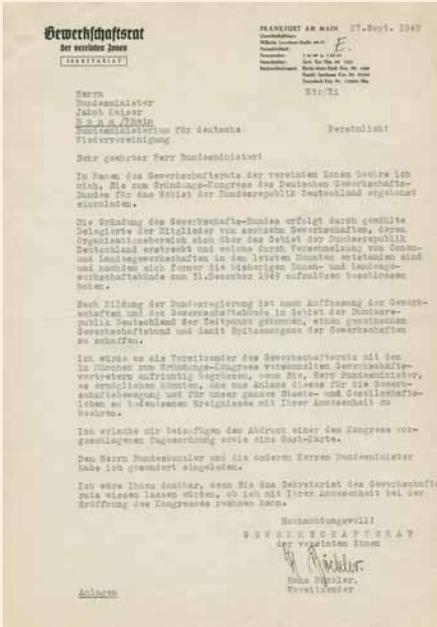
Jakob Kaiser (1888–1961), Landesgeschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften (1924–1933), Mitunterzeichner der Einigung der Richtungsgewerkschaften 1933, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (1949–1957) und CDA-Vorsitzender (1949–1958), ist der bekannteste Vertreter der Einheitsgewerkschaft in den Sozialausschüssen und in der CDU.



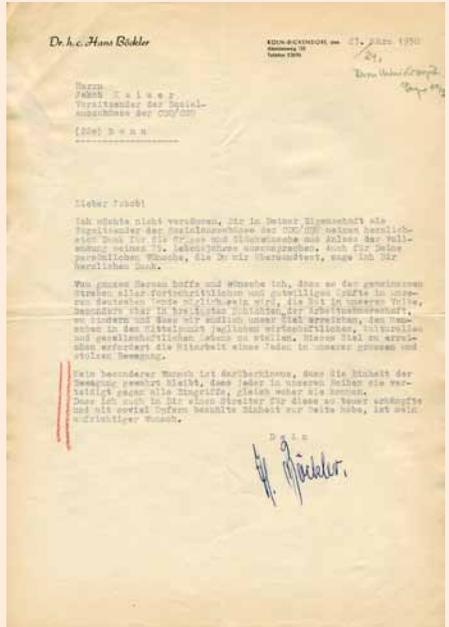
Johannes Albers (1890–1963), Kartellsekretär der Christlichen Gewerkschaften (1919–1931) und CDA-Vorsitzender (1947–1949; 1958–1963), führt nach 1945 die ehemaligen christlichen Gewerkschafter zusammen und macht die Idee der Einheitsgewerkschaft in den Sozialausschüssen und in der CDU populär.



Karl Arnold (1901–1958), Kartellsekretär der Christlichen Gewerkschaften (1924–1933), Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen (1947–1956) und CDA-Vorsitzender (1958), gehört zu den entschiedenen Verfechtern von Einheitsgewerkschaft und christlich-sozialer Politik.



Persönliches Einladungsschreiben von **Hans Böckler** an **Jakob Kaiser** zum Gründungskongress des DGB 1949.



Dankschreiben von **Hans Böckler** an **Jakob Kaiser**, das die Sorgen und Hoffnungen um das Gelingen der Einheitsgewerkschaft dokumentiert.

1945

1947

1949

Konsolidierung der Sozial- und Wirtschaftsordnung

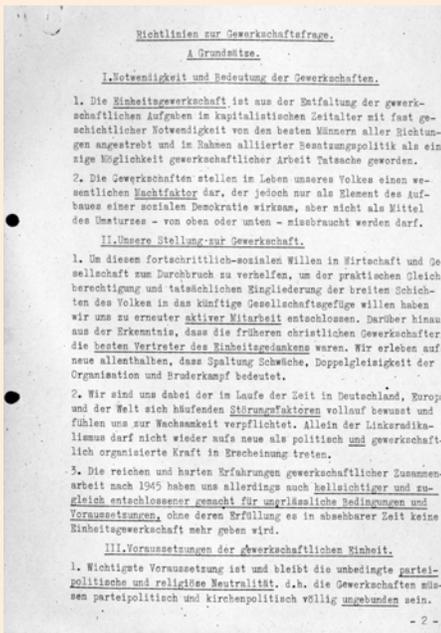
Mit der Sozialen Marktwirtschaft entscheiden sich CDU und CSU 1948/49 für eine Ordnung, die die Freiheit des Marktes mit sozialem Ausgleich verbindet. Diese setzt wesentliche Impulse für den wirtschaftlichen Aufstieg und die Modernisierung der Bundesrepublik frei. Dennoch halten Teile des DGB und die SPD weiterhin an Sozialisierungsforderungen und Lenkungsmodellen fest. Die klassenkämpferischen Parolen des DGB führen wiederholt zu Kontroversen zwischen DGB- und CDA-Gewerkschaftern sowie zwischen CDU und SPD.



Die Einigung zwischen Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem DGB-Vorsitzenden Hans Böckler in der Montan-Mitbestimmung 1951 hat große Bedeutung für den sozialen Frieden und die Konsolidierung der Bundesrepublik.

Eine wichtige Voraussetzung für den enormen Wirtschaftsaufschwung in der frühen Bundesrepublik ist die Lohndisziplin der Gewerkschaften. Anstelle gesamtwirtschaftlicher Körperschaften mit Lenkungsfunktionen (überbetriebliche Mitbestimmung) konzentriert sich der DGB verstärkt auf das Konzept der betrieblichen Mitbestimmung – eine Idee, die auch in der katholischen und evangelischen Arbeiterschaft (Bochumer Katholikentag 1949 und Evangelischer Kirchentag 1950) große Unterstützung findet.

Über die Mitbestimmungsfrage kommt es zu einem Kräftemessen zwischen Bundesregierung und DGB, der zur Durchsetzung seines Konzepts mit Generalstreik droht. In Verhandlungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem DGB-Vorsitzenden Böckler gelingt es, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einem Konsens zu bewegen und 1952 die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie einzuführen. In der Folgezeit möchten die Gewerkschaften dieses Modell auch auf andere Industriezweige ausdehnen.



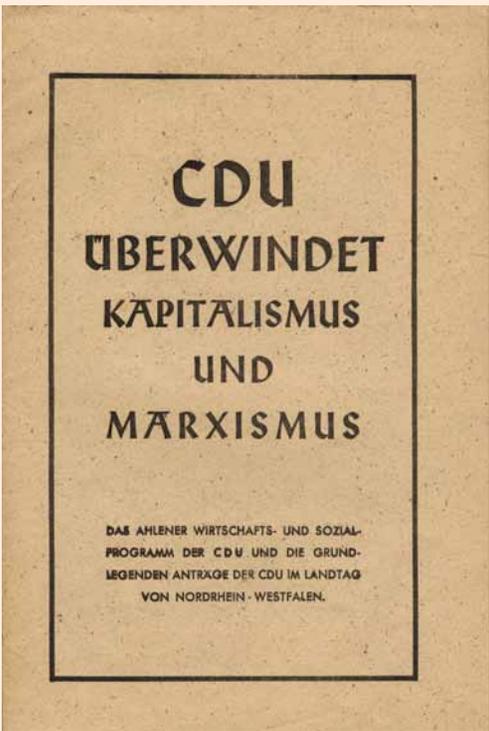
„Unbedingte parteipolitische und religiöse Neutralität“ als „Voraussetzungen der gewerkschaftlichen Einheit“ (Strategiepapier der CDA zur Gewerkschaftsfrage 1949/50).



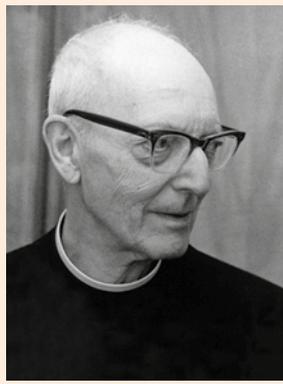
Der DGB-Slogan zur Bundestagswahl 1953 wird in der CDU als Parteinarbeit und Verletzung des Prinzips der parteipolitischen Unabhängigkeit kritisiert.

Kontroversen um die Einheitsgewerkschaft

Die Kritik des DGB an der Regierung Adenauer und die Nähe der DGB-Funktionäre zur SPD führen zu Debatten um die Rolle der Christlich-Sozialen im DGB. Deren Forderungen nach politischer Zurückhaltung des DGB und einem besseren Minderheitenschutz für ihre Kollegen in der Einheitsgewerkschaft werden als Indoktrinierungsversuche zurückgewiesen. Mitte der 1950er Jahre kommt es zur Neugründung christlicher Gewerkschaften. Die CDA hält mehrheitlich zum DGB. Nach den deutlichen Wahlsiegen der CDU und CSU 1953 und 1957 sieht sie ihre Position im DGB gestärkt. Unterstützt werden die Christlich-Sozialen im DGB auch von katholischen Sozialethikern und Geistlichen. 1967 schließen sich Teile des Christlichen Metallarbeiterverbandes der IG Metall an und kehren zum DGB zurück.



Die Soziale Marktwirtschaft sehen die CDA-Gewerkschafter als vereinbar mit den Mitbestimmungsideen des Ahlener Programms vom Februar 1947.



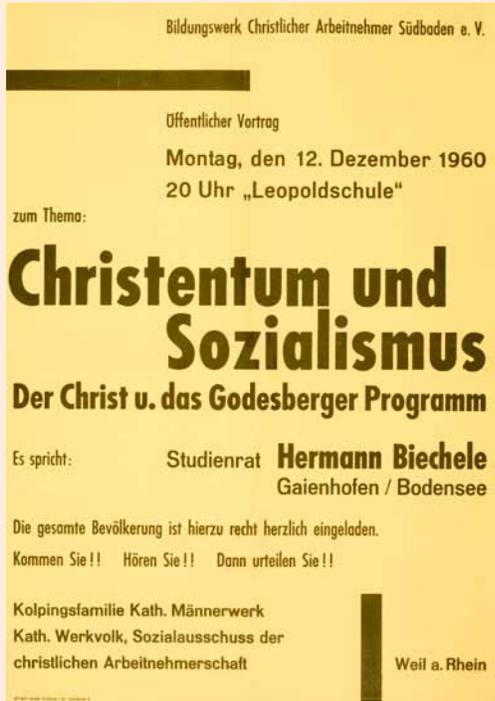
Der katholische Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning SJ (1890–1991) ist wichtiger Ratgeber von CDA und DGB. Er warnt den DGB vor radikalen Parolen. Gegenüber den deutschen Bischöfen, die christliche Gewerkschaften fordern, plädiert er für die Einheitsgewerkschaft.

Besonderen Rückhalt erfahren die christlich-sozialen Gewerkschafter im Rheinland, in Westfalen und anderen Gegenden mit hohem katholischen Bevölkerungsanteil, wobei die katholische Arbeitnehmerschaft (KAB, Werkvolk, Kolping), aber auch die evangelische Arbeitnehmerbewegung (EAB) wichtige Stützen sind. Spannungen ergeben sich jedoch zwischen der CDA und den kirchlichen Vereinen, deren Mitglieder zumeist mit den neu gegründeten Christlichen Gewerkschaften sympathisieren.

Viele Medien sehen angesichts der Gründung der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands 1955 und ihres Dachverbandes CGB 1959 den Gedanken der Einheitsgewerkschaft als gescheitert an. Der CGB rekrutiert sich größtenteils aus Gewerkschaftern des Saarlandes, die bis 1957 von der Bundesrepublik abgeschnitten waren. Offene Sympathien für die Christlichen Gewerkschaften hegen die deutschen katholischen Bischöfe. Die CDU-Gewerkschafter hingegen halten weit überwiegend an der Einheitsgewerkschaft fest.



Gefahren und Spaltung drohen der Einheitsgewerkschaft von christlichen und sozialistischen Gewerkschaftern. Mit diesem Flugblatt warnt 1951 das süddeutsche Christliche Werkvolk den DGB vor kommunistischen Positionen.



Sehr genau beobachten christlich-soziale Gewerkschafter und christliche Sozialverbände den politischen und wirtschaftsprogrammatischen Kurswechsel der SPD mit ihrem Godesberger Programm von 1959 und die Konsequenzen für Gewerkschaften und Politik.

1953

1955

1958

Vermögensbildung – Tarifautonomie – Mitbestimmung

Neue Generationen von Politikern, Unternehmern, Arbeitnehmern und Gewerkschaftern haben sich dem wirtschaftlich-technischen Fortschritt und sozialen Wandel zu stellen. Wie die Parteien erneuern auch DGB und CDA ihre Grundsatzprogramme. Seit den 1970er Jahren schließen sich dem DGB verstärkt Kommunisten und Linkssozialisten an. Etlichen Gewerkschaftern fällt es schwer, die unterschiedlichen Traditionsstränge der Einheitsgewerkschaft zu würdigen.

Mit ihrer **Offenburger Erklärung** von 1967 übernimmt die CDA in der Frage der betrieblichen Mitbestimmung eine Vorreiterrolle. Beraten von der Mitbestimmungskommission unter Kurt Biedenkopf werden mit dem Betriebsverfassungsgesetz 1972 die Mitbestimmungsrechte neu gefasst. Das Mitbestimmungsgesetz von 1976 sieht zwar eine Parität von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite vor, modifiziert diese jedoch durch den leiten den Angestellten und das doppelte Stimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden bei Stimmgleichstand.

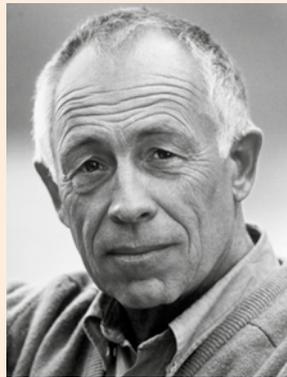
Um das DGB-Grundsatzprogramm 1981 wird hart gerungen. Viele DGB-Gewerkschafter ignorieren im Hinblick auf neue Mitglieder aus kommunistischen und linkssozialistischen Kreisen die geschichtlichen Wurzeln der Einheitsgewerkschaft. Auf Intervention der CDA-Gewerkschafter hin werden erstmals in einem Grundsatzprogramm des DGB die sozialdemokratisch-sozialistischen und die christlich-sozialen Wurzeln festgeschrieben.



Hans Katzer (1919–1996) entwickelt als CDA-Bundesvorsitzender (1963–1977) und Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (1965–1969) die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, das Arbeitsförderungsgesetz sowie das Gesetz zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

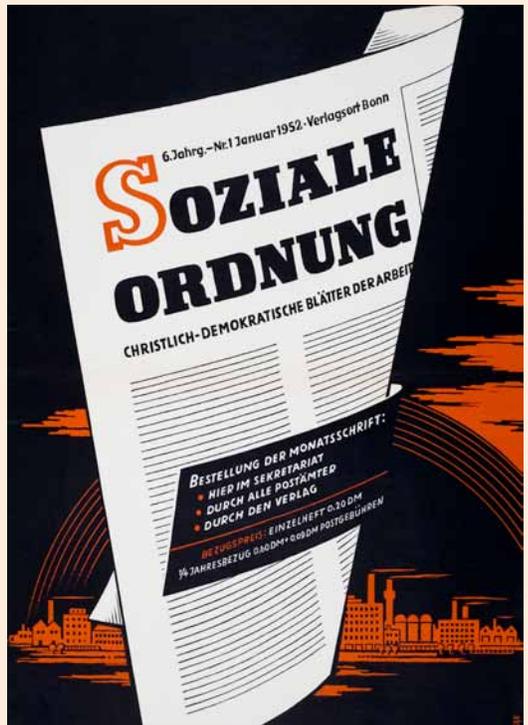


Norbert Blüm (*1935) setzt sich als CDA-Bundesvorsitzender (1977–1987) und als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (1982–1998) für Rentenansprüche für Erziehungszeiten ein. Er ist der Urheber der gesetzlichen Pflegeversicherung.

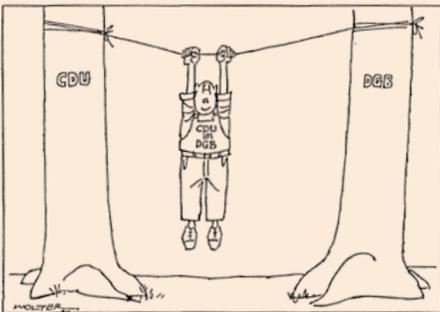


Heiner Geißler (*1930) rückt 1975/76 die „Neue Soziale Frage“ ins Bewusstsein. Im Blickpunkt des Konzepts des Sozialministers von Rheinland-Pfalz (1967–1977) und Generalsekretärs der CDU (1977–1989) stehen die Interessen nichtorganisierter und damit benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Auch das Erziehungsgeld geht auf ihn zurück.

Die Soziale Ordnung, hervorgegangen aus dem Mitteilungsblatt der CDA, begleitet seit 1947 die politische und gewerkschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa.



Karikatur: Jupp Wolter,
in: Der Spiegel Nr. 18 / 1984.



„Richtigen Einfluß habe ich eigentlich nicht, aber doch eine recht wesentliche Zwischenfunktion!“

1972

1967

1981

1976

Einheit Deutschlands – freie Gewerkschaften im DGB

Unmittelbar nach dem Mauerfall am 9. November 1989 veranstaltet der DGB zu seinem 40-jährigen Bestehen mit der CDA und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD (AfA) in Hagen eine Konferenz. Mitwirkende sind Ernst Breit (DGB), Rudolf Dreßler (SPD) und Ulf Fink (CDA). In der gemeinsamen Entscheidung bekennen sich die Teilnehmer zu den Fundamenten und Zielen der Einheitsgewerkschaft, die wesentlich zur Demokratie, zum Ausbau des sozialen Rechtsstaates und zu einer nicht für möglich gehaltenen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beitragen. Knapp ein Jahr später macht die Wiedervereinigung – nach Auflösung des FDGB – freie Gewerkschaften unter dem Dach des DGB auch in den neuen Ländern möglich.



Partnerschaft statt Klassenkampf

Unsere Erfolge:

- 1949 Soziale Marktwirtschaft und Tarifautonomie
- 1950 Erstes Wohnungsgesetz
- 1951 Der Kündigungsschutz und die Montanmitbestimmung
- 1952 Das Mutterschutzgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz
- 1954 Einführung des Kindergeldes
- 1955 Das Personalvertretungsgesetz
- 1957 Dynamisierung der Rentenanstufungen
- 1961 Das Bundessozialhilfegesetz und die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand
- 1965 Einführung des Wohngeldes
- 1968 Das Arbeitsförderungs- und das Berufsbildungsgesetz
- 1969 Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- 1986 Die Einführung von Erziehungs- und Pflegegeld, Erziehungsurlaub und die Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht
- 1989 Gewährung von Pflegegeld für die häusliche Pflege
- 1992 Rentenreform und der Sozialversicherungsbeitrag Deutschlands
- 1993 Das Gesundheits-Strukturförderungsgesetz
- 1995 Die Soziale Pflegeversicherung
- 1996 Recht für Europäische Betriebsräte und Entsendegesetz (gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort)

Unsere Ziele:

- Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland
- Ausbildung und Arbeit für alle
- Beteiligung der Arbeitnehmerinnen am Produktivkapital
- Menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- Ökologischer Rahmen für die Soziale Marktwirtschaft
- Für ein Europa der Menschen
- Neubewertung der Arbeit durch den Aufbau von Erziehungs- und Pflegegeld
- Stärkung sozialer und familiärer Bindungen
- Stärkung der Hilfsbereitschaft durch Selbsthilfegruppen und Sozialstationen nach dem Motto: „Hilfe zur Selbsthilfe“

Christlich-sozial **Die Starken für die Schwachen** **Partnehmer/innen machen Politik**
 Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft · Hauptgeschäftsstelle · Johannes-Abers-Allee 3 · 53639 Königswinter



Die stellvertretende DGB-Vorsitzende **Ingrid Sehrbrock**, Bundeskanzlerin **Angela Merkel**, DGB-Vorsitzender **Michael Sommer** und IG-Metall-Vorsitzender **Jürgen Peters** (v.l.n.r.) bei der Jubiläumsveranstaltung „30 Jahre Mitbestimmungsgesetz 1976“ am 30. August 2006 in Berlin.

Mit dem Plakat „Partnerschaft statt Klassenkampf“ bilanziert die CDA 1996/97 ihre bisherigen gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Erfolge und benennt wichtige gesellschaftlich-politische Zielsetzungen.

1989

2006

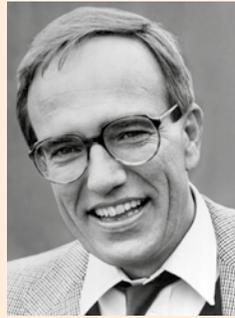
Christlich-Soziale in der Führungsverantwortung im DGB

Christlich-Soziale sind in verschiedensten Funktionen in den Einzelgewerkschaften und im DGB tätig. CDA-Gewerkschafter bekleiden unter anderem Ämter als stellvertretende Vorsitzende des DGB, als Mitglieder des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes sowie in der Führung der Einzelgewerkschaften. Ihre Mitgliedschaften in CDU und CDA hindern die Christlich-Sozialen nicht, gewerkschaftliche Positionen auch gegenüber den eigenen Parteifreunden zu vertreten.



Ingrid Sehrbrock, Mitglied im Bundesvorstand der CDU, steht mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer an der Spitze der Einheitsgewerkschaft. Ihre Wahl in die Führung des DGB wertet die Stellvertretende Vorsitzende (seit 2006) als „moderne Interpretation der Einheitsgewerkschaft“.

Regina Görner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DGB (1990–1999), Mitglied im Bundesvorstand der CDU, Sozialministerin im Saarland (1999–2004) und seit 2005 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, befasst sich in DGB und CDA mit Grundsatzfragen der Gewerkschaften und mit christlich-sozialer Gesellschaftspolitik.



Ulf Fink, Bundesvorsitzender der CDA 1987–1993 und Senator für Soziales in Berlin (1981–1989) leitet als Mitglied des DGB-Bundesvorstandes und Stellvertretender DGB-Vorsitzender (1990–1994) die Abteilungen Umwelt und Gesundheit, Technologie/ Humanisierung der Arbeit sowie Berufliche und Allgemeine Bildung.

Hermann Lutz, Polizeibeamter, ist bisher der einzige christlich-soziale Gewerkschafter, der als Erster Vorsitzender eine Einzelgewerkschaft im DGB leitet. Von 1986 bis 1998 steht er der Gewerkschaft der Polizei vor.



Irmgard Blätzel ist als Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes (1982–1990) zuständig für die Ressorts Frauen, Arbeiter und Handwerk. Ihre Gewerkschafts- und Sozialarbeit ist geprägt von den Grundsätzen der christlichen Soziallehre.

Maria Weber sieht sich ungeachtet ihrer CDU-Mitgliedschaft in erster Linie als DGB-Gewerkschafterin. Sie gehört 26 Jahre lang dem Bundesvorstand an, 1972–1982 ist sie auch Stellvertretende Vorsitzende des DGB. In Fragen der Frauen-, Berufs- und Bildungspolitik vertritt sie verschiedentlich den Gewerkschaftsstandpunkt gegen die eigene Partei.



Gustav Fehrenbach, Stellvertretender Vorsitzender des DGB (1982–1990), ist seit 1982 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter. In der CDU wirbt er um mehr Verständnis für die Gewerkschaft sowie für eine arbeitnehmerfreundliche Politik.

Bernhard Tacke, Stellvertretender Vorsitzender des DGB (1956–1972), ist seit 1957 auch Vorsitzender des Aufsichtsrates der Ruhrfestspiele. Zusammen mit dem ehemaligen DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg verfasste er 1978 die Schrift „Der Weg zur Einheitsgewerkschaft“.



Martin Heiß, Mitbegründer der CSU in Rosenheim, gehört seit seiner Tätigkeit im DGB in Düsseldorf der CDU und der CDA an. Als Geschäftsführendes Bundesvorstandsmitglied (1972–1980) vertritt er den DGB in tarifpolitischen Fragen.

Matthias Föcher ist nach 1945 beim Aufbau der CDU und der Gewerkschaft maßgeblich beteiligt. Beim Gründungskongress des DGB 1949 in München wird er als Stellvertreter (bis 1956) des ersten DGB-Vorsitzenden Hans Böckler in die Leitung der Einheitsgewerkschaft berufen.



Thea Harmuth besucht die Akademie der Arbeit und arbeitet seit 1926 im Genossenschaftswesen. Seit 1945 Mitglied in CSU und Bayerischem Gewerkschaftsbund leitet sie im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB (1949–1956) die Hauptabteilung Frauen.